



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

zu „Fachkräfte sichern - Moratorium für die Berufliche Bildung in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 19/3412)

Berufliche Bildung in der Fläche erhalten – Fachkräftemangel bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass mit einer flächendeckenden Gewährleistung eines breiten schulischen Angebotes an den sechs Schularten der Beruflichen Schulen neben der Erweiterung allgemeinbildender Abschlüsse vor allem auch ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in den Ausbildungsberufen geleistet wird. Die berufliche Ausbildung ist eine tragende Säule zur Stärkung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein. So sichern Fachschulen u.a. den Personalbedarf im pädagogischen und pflegerischen Bereich. Die Berufsfachschulen bieten ein Grundlagenwissen im sozialen, technischen und wirtschaftlichen Themenspektrum und bereiten somit auch in idealer Weise auf einen Einstieg in eine Ausbildung vor. Mit dem Beruflichen Gymnasium, der Fach- und der Berufsoberschule erlangen Schülerinnen und Schüler die allgemeine oder fachgebundene Hoch- oder Fachhochschulreife und sie ermöglichen ihnen auch einen guten Einstieg in eine duale Ausbildung oder ins Studium. Nicht zuletzt stärkt die Sicherung regionaler Berufsschulklassen auch die Qualität der Ausbildungsvorbereitung (AVSH).

Deshalb begrüßt der Landtag den Vorschlag der Landesregierung, an den Berufsbildenden Schulen sechzig Lehrerstellen zu erhalten. Das ist auch ein wichtiger Sicherstellungsbeitrag für Ausbildungsberufe und sorgt für eine gute und zukunftsfähige Ausbildung auch in der Fläche.

Begründung:

Die Sicherstellung von gefährdeten Ausbildungsberufen kann in der Fläche nicht durch eine Zusammenlegung von kleinen Klassen unterschiedlicher Standorte erreicht werden. Dort könnten durch zu lange Anfahrtswege Ausbildungsangebote wegbrechen. Betriebe würden weniger ausbilden und die jungen Auszubildenden wegen der langen und zeitintensiven Anfahrtswege diese Berufe nicht mehr wählen. Die Folge wäre ein deutlicher Abbau von Ausbildungsangeboten. Das Aussterben des spezifischen Berufsbildes in der Fläche wäre die Folge. Für die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit der Beruflichen Schulen ist gerade die Kombination von dualer Ausbildung und weiteren beruflichen Bildungsgängen ein hohes Qualitätsmerkmal. Daher ist das Vorgehen der Landesregierung, alle Lehrerstellen an den Berufsbildenden Schulen zunächst zu erhalten, der richtige Weg. Eine landesweite Schulentwicklungsplanung unter Berücksichtigung regionaler Wirtschaftsstrukturen ist darüber hinaus erforderlich, um das Angebot der Berufsbildenden Schulen langfristig zu sichern.

Peer Knöfler
für die Fraktion der CDU

Ines Strehlau
für die Fraktion von
Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Kumbartzky
für die Fraktion
FDP